Rede zur „Öffentlichen Veranstaltung“
zum V. Gewerkschaftstag der DSTG Landesverband Sachsen
am 21.11.2008 in Zwickau

Sehr verehrte Gäste,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Namen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Sachsen – begrüße ich Sie ganz herzlich zur öffentlichen Veranstaltung aus Anlass unseres V. Gewerkschaftstages.

Wir freuen uns, dass Sie, verehrte Gäste, und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind.

Zwickau wurde erstmalig als Tagungsort ausgewählt. Dies hat seine Begründung darin, dass Zwickau als ehrwürdige Stadt sehr viele Traditionen hat und die Bedeutung dieser Stadt in Sachsen sich sicher nicht nur daran festmachen lässt, dass sie derzeit noch zwei Finanzämter hat. Auch haben wir hier in Zwickau optimale Bedingungen für unsere Tagung vorgefunden und werden morgen nach Abschluss des Gewerkschaftstages die Zeit noch nutzen, die Stadt zu Fuß zu erkunden.

Ich begrüße herzlich den Stellvertretenden Bürgermeister unserer Gastgeberstadt Zwickau, Herrn Dietrich, und danke Ihnen, dass Sie später auch noch Grußworte für die Stadt Zwickau sprechen werden.

Die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen einerseits und die politische Verantwortung andererseits spiegelt sich in den Tätigkeitsbereichen unserer Gäste wider.

Wie sich die Lage in der sächsischen Finanzverwaltung entwickelt und welche Aufgaben und Herausforderungen vor uns stehen, das wird stellvertretend für den Staatsminister der Finanzen Herrn Prof. Dr. Unland der Abteilungsleiter I im Finanzministerium, Herr Görlich, den ich hiermit ganz herzlich grüßen möchte, in seiner Ansprache sicherlich darlegen.

Ich begrüße die Vertreter von Fraktionen des Sächsischen Landtages:

für die Fraktion Die Linke	Herrn Sebastian Scheel
sowie	Frau Bettina Simon, unser DSTG-Mitglied im Sächsischen Landtag
für die SPD-Fraktion	Herr Dr. Dieter Rudorf
und für die Fraktion Die Grünen	Herr Michael Weichert

Für Ihr Erscheinen und Ihre Bereitschaft, Grußworte Ihrer Fraktionen zu sprechen, bedankt sich die Deutsche Steuer-Gewerkschaft ganz besonders, ist es doch Ausdruck der Wertschätzung unserer Arbeit.
Dank auch für Ihre stete Bereitschaft, Probleme der Steuerverwaltung mit uns zu erörtern. Wobei es naturgemäß in den meisten Fällen um die Verbesserung der personellen und technischen Ausstattung der Finanzverwaltung geht, mit dem Ziel, dass mögliche Steuereinnahmen auch realisiert werden können.
Irgendwann wird auch der letzte Politiker erkennen müssen, dass bei Engpässen im Haushalt – und wann bestehen die nicht? – nicht immer nur die Ausgabenseite kritisch betrachtet, sondern vielmehr die Einnahmeseite gestärkt werden muss. Und dies geht nun mal nur mit der entsprechenden materiellen und personellen Ausstattung
Ich gehe davon aus, dass auch nach diesem Gewerkschaftstag weitere Gespräche geführt werden müssen. Auf wichtige Themen aus unserer Sicht als DSTG werde ich später eingehen!

Die Fraktionen der CDU und der FDP mussten kurzfristig absagen. Das Grußwort der FDP liegt den Delegierten in den Mappen vor. Gern hätten wir auch mit den Vertretern dieser Fraktionen heute bereits den Dialog gesucht, aber es werden sich sicher in Zukunft die Gelegenheiten finden.

Verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Redner für die Bundesleitung der DSTG begrüße ich ganz herzlich unseren DSTG-Bundesvorsitzenden und gleichzeitigen stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Kollegen Dieter Ondracek. Mit ihm begrüße ich die stellvertretenden Bundesvorsitzenden: Kollegin Anne Schauer, Kollegen Thomas Eigenthaler, Kollegen Manfred Lehmann und Kollegen Helmut Overbeck,
Für Euer Kommen herzlichen Dank!

Als Vollziehende dessen, was die Politik beschließt, begrüße ich die Vertreter der Verwaltung.

Begrüßen für das Sächsische Staatsministerium der Finanzen als Vertreter habe ich bereits:
den Abteilungsleiter I , Personal , Herrn Norbert Görlich.
Begleitet wird er von:

Referatsleiterin 11, Personal , Frau Elenor Kapfhammer

Ich hoffe, dass es in nächster Zeit möglich sein wird, dass zwischen der neuen Landesleitung der DSTG und Herrn Staatsminister Prof. Dr. Unland es zu einem unmittelbaren Dialog zu den heute hier aufgeworfenen Themenkreisen kommen wird. Traditionen sind dazu da, dass sie gepflegt und fortentwickelt werden.
Die DSTG, als die Hausgewerkschaft der Steuerverwaltung und diejenige, die bei den Personalratswahlen und Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretung die absoluten Mehrheiten errungen hat, möchte diese Traditionen beibehalten.

Für die Oberfinanzdirektion heiße ich herzlich willkommen:
Herrn Oberfinanzpräsidenten Klaus Staschik und
den Gruppenleiter Steuern Herrn Karl Köll.

Auch die Damen und Herren Vorsteher der sächsischen Finanzämter sind sehr stark von dem betroffen, was die Politik beschließt. Sie bilden mit ihren Sachgebietsleitern sozusagen das Rückgrat der Sächsischen Finanzverwaltung.
Ich freue mich, stellvertretend für die anderen Vorsteher, die Vertreter der beiden Zwickauer Finanzämter, Herrn Marterstock und Herrn Tittel begrüßen zu dürfen. Seien sie uns herzlich willkommen.

Außer unseren Delegierten haben wir uns noch weitere Verstärkung eingeladen.
So begrüße ich ganz herzlich die Vertreterinnen und Vertreter aus 9 Landes- und Bezirksverbänden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, so aus Thüringen, Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin , Sachsen-Anhalt.

Sie haben die weite Reise aus dem Norden, Süden und Westen unseres Landes nicht gescheut, um den sächsischen Kolleginnen und Kollegen zu ihrem Gewerkschaftstag die Ehre zu erweisen.
Sehen Sie es mir bitte nach, dass ich Sie nicht einzeln namentlich begrüße, aber – um so herzlicher willkommen heiße.

Ich begrüße für den sbb – beamtenbund und tarifunion sachsen – sehr herzlich den Landesvorsitzenden Kollegen Günter Steinbrecht. Dies umso mehr, da er bis vor 6 Monaten den Landesverband Sachsen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft geführt hatte. Kollege Steinbrecht wird ebenfalls ein Grußwort an uns richten.

Besonders begrüßen möchte ich die Vorsitzende der dbb-Bundesfrauenvertretung und gleichzeitige Bezirksvorsitzende Nordbayern der Bayrischen Finanzgewerkschaft Kollegin Helene Wildfeuer sowie die Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung Kollegin Andrea Sauer-Schnieber.

Und wenn alle zu uns kommen, dann dürfen natürlich auch zwei Ehrenvorsitzende nicht fehlen.
Ich begrüße den Ehrenvorsitzenden der DSTG, Kollegen Hermann Fredersdorf, und das Ehrenmitglied der DSTG und Ehrenvorsitzenden des Landesverbandes Sachsen der DSTG, Kollegen Joachim Rothe.
Ihre Erfahrungen sind noch heute für uns eine sehr wertvolle Fundgrube für unsere aktuelle Gewerkschaftsarbeit.
Seid uns herzlich willkommen, lieber Hermann und lieber Joachim!

Ich bin sehr froh, dass auch unsere Selbsthilfeeinrichtungen so rege Anteil an unserem Gewerkschaftstag nehmen. – Herzlichen Dank –

Lassen Sie mich die Begrüßung damit beenden, dass ich nun alle die, die ich bisher versäumt habe zu nennen, ganz besonders herzlich grüße, das sind vor allem unsere Delegierten.
Ihnen danke ich, liebe Kolleginnen und Kollegen für Ihre geleistete Arbeit in den Ortsverbänden. Durch Ihre tatkräftige Unterstützung und Ihr ehrenamtliches Engagement tragen Sie wesentlich dazu bei, dass die DSTG in Sachsen die Interessenvertretung für alle Beschäftigten in der Finanzverwaltung ist.

Durch Ihren unermüdlichen beruflichen Einsatz, durch Ihre Leistungen sichern Sie für das Land tagtäglich die lebenswichtigen Steuereinnahmen und sichern, dass die Finanzströme dort ankommen, wo sie hingehören.
Damit schaffen Sie überhaupt erst die Basis für die Politiker, Politik zu gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen nochmals ein herzliches Willkommen und Danke.

Verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Delegierten dieses Gewerkschaftstages vertreten die Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung von Sachsen. Sie wissen, wie das Stimmungs- und Meinungsbild der Beschäftigten in den Dienststellen ist, mit welchen Problemen diese tagtäglich zu kämpfen haben und welche Sorgen und Ängste sie umtreiben.
Ich möchte in meinen weiteren Ausführungen darauf eingehen und schon jetzt unsere Bereitschaft als DSTG zum Dialog dazu erklären, getreu dem Motto unseres Gewerkschaftstages: motivieren – mitgestalten – mitentscheiden!
Diese Dialogbereitschaft gilt gegenüber der Verwaltung aber insbesondere auch gegenüber der Politik. Insbesondere deshalb, weil im Jahr 2009 Landtagswahlen anstehen. Ich kann hier an dieser Stelle schon jetzt im Namen unserer Mitglieder versprechen: Die Programme der Parteien zur Wahl werden wir sehr intensiv studieren. Wir werden uns damit auseinandersetzen, was die Parteien in Umsetzung der Kompetenzen aus der Föderalismusreform im Interesse der Kolleginnen und Kollegen tun wollen. Dies wird sicher die erste Standortbestimmung dafür sein, ob die Länder es wirklich besser verstehen, die Bedingungen für ihre Beschäftigten zu gestalten.

Wegstreckenentschädigung

Ein aktueller Prüfstein – an dem wir auch bisher schon ständig dran waren - dafür, ob die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt werden, ist die Wegstreckenentschädigung, wie sie im neuen Sächsischen Reisekostengesetz, das derzeit im Sächsischen Landtag ist, geregelt werden soll.
Hierzu kann ich nur sagen: Wer für die eigenen Fahrzeuge im Haushaltsansatz 2009 und 2010 gestiegene Ausgabenerhöhungen wegen Kraftstoffkostensteigerung bei der Haltung von Dienstfahrzeugen von über 30 % einplant, dies aber im aktuellen Entwurf bei der

Wegstreckenentschädigung unserer Beschäftigten negiert und den Ansatz bei 30 Cent je Kilometer bei den Kolleginnen und Kollegen im Außendienst unverändert belässt, wer dabei noch Unterscheidungen zwischen Außendienstlern und anderen Beschäftigten, die aus triftigen Gründen für den Freistaat Ihr Fahrzeug nutzen und mit 25 Cent abgespeist werden sollen, macht, darf nicht damit rechnen, dass dies von unseren Kolleginnen und Kollegen verstanden wird.

Und vor allem stärkt es nicht das Vertrauen in die Politik! Zumal, wenn sich diesbezüglich in anderen Bundesländer schon viel bewegt hat. Ich glaube nicht, dass ich alle aufzählen muss! Herr Görlich hat sicher die entsprechenden Übersichten und wird es auf Anforderung den Fraktionen aus dem Landtag bestimmt zur Verfügung stellen!

Ich kann nur unterstreichen: Eine Haushaltssanierung durch Griff in die Tasche unserer Kolleginnen und Kollegen wird von uns nicht toleriert! Was dem Freistaat an Einnahmen verloren gehen könnte, wenn die Betriebsprüfer, Lohnsteueraußenprüfer, BNV-Prüfer und USt- Prüfer ihre Fahrzeuge stehen lassen und mit ÖVM zu den Prüfungsorten fahren, ich möchte es nicht hochrechnen! Welche Auswirkungen dies auf den Prüfungsturnus der zu prüfenden Betriebe hätte, dem Sächsischen Rechnungshof würde es bestimmt nicht gefallen!

Auch möchte ich es mir auch nicht bildlich vorstellen, wenn der Steuerfahnder versucht, mit öffentlichen Verkehrsmitteln den Steuersünder zu jagen!

Unsere Forderungen sind in der Stellungnahme des sbb zum Gesetzentwurf enthalten.

Ich kann hier nur den Hinweis an die Landtagsfraktionen geben, schauen sie sich in Anbetracht dieser Argumente den Gesetzesentwurf noch einmal genau an und denken Sie bitte daran, auch unsere Kolleginnen und Kollegen gehören zum Volk!

Personalabbau

Ein weiteres Problem, das uns ständig umtreibt und zum Dialog mit Verwaltung und Politik treibt, ist der Personalabbau.

Ich möchte hier folgende Zahlen mal als Denkanstoß geben:

Innerhalb der letzten 4 Jahre hatten die Sächsischen Finanzämter einen Personalabbau von über 6% mit dem Ziel zu verkraften, die Ausgaben des Landeshaushaltes zu senken.

Im gleichen Zeitraum erfolgte aber kein adäquater Aufgabenabbau. Die zu veranlagenden Fälle sanken im gleichen Zeitraum um lediglich 0,5%!

Dies bedeutet eine weitere Aufgabenverdichtung und ein mehr an Arbeitsbelastung. Diese Situation wird durch die sich ständig verändernde und verkomplizierende Steuergesetzgebung noch verschärft.

Wir können nur sagen: Unsere Kolleginnen und Kollegen wären schon zufrieden, wenn statt der durch die Politik versprochene Steuervereinfachung die geltenden Gesetze mal zwei Jahre hindurch unverändert gelten würde! Ein Konjunkturprogramm für die Verlage, Arbeitssicherung für die Steuerberater und Schulungsträger, wie derzeit, darauf können wir verzichten !

Auch wenn einige Zeitgenossen und darunter ein Finanzminister– zur Beruhigung, es ist nicht unserer - sagen, dass wir froh sein sollen, dass das Steuerrecht nicht einfacher wird, sichert es doch so bei abnehmender Bevölkerungszahl und damit einhergehender abnehmender Zahl der Steuerveranlagung die Arbeitsplätze, ist dies eine Position, die von uns nicht mitgetragen werden kann.

Kritisch muss ich einschätzen, dass neue Gesetze und EDV-Verfahren in der Breite auch nicht die Entlastung für unsere Kolleginnen und Kollegen zur Folge haben, wie es in mancher Gesetzesfolgeabschätzung oder Begründung für die Einführung von EDV-Verfahren nachzulesen ist. Ein Beispiel hierfür aus dem aktuellen Geschehen in den Finanzämtern ist die Risikoorientierte Arbeitnehmerveranlagung in Verbindung mit den Teileinspruchsentscheidungen bei Massenrechtsbehelfen.

Durch die Massenrechtsbehelfe und Teileinspruchsentscheidungen müssen Fälle, die mittels Maschine bereits als risikolos erledigt waren, wieder in die Hand genommen und voll umfänglich geprüft werden. Dies bleibt natürlich oftmals nicht ohne Folgen für den Steuerpflichtigen und das weitere Verfahren, denn unsere Kolleginnen und Kollegen sind gut ausgebildet und verstehen ihr Handwerk! Das Problem hierbei ist, dass die Risikoorientierte Arbeitnehmerveranlagung zwar in der Personalbedarfsberechnung berücksichtigt wurde, die oben geschilderten Folgen der Gesetzesanwendung aber nicht adäquate Berücksichtigung gefunden haben.

Noch nicht einbezogen werden können die Auswirkungen der Besteuerung der Rentner im nächsten Jahr, wenn die Mitteilungen der Rentenversicherungsträger vorliegen. Zu beachten gilt es hierbei, dass die Veranlagungen auch noch gegebenenfalls rückwirkend bis für das Jahr 2005 erfolgen.

Auch wenn noch keine verlässlichen Aussagen über den Umfang dieser bevorstehenden Arbeiten gemacht werden können: Unsere Kolleginnen und Kollegen erwarten, dass sie hierbei nicht allein gelassen werden und die Aufgaben in die Personalbedarfsberechnung

einbezogen werden und sich in konkreten zusätzlichen Stellen in den Finanzämtern niederschlagen.

Personalausstattung

Zur Sicherstellung der aufgabengerechten Personalausstattung ist es erforderlich, frühzeitig junge Menschen auszubilden.

Wir haben sehr wohl und mit Freude zur Kenntnis genommen, dass für die Studienanfänger 2008 des gehobenen Dienstes die Stellen um 20 auf 60 aufgestockt wurden. Werden doch so zusätzliche attraktive Ausbildungsstellen im öffentlichen Dienst geschaffen.

Dies muss aber einhergehen mit der Schaffung von entsprechenden Übernahmestellen im Haushaltsjahr 2011. Ich kann schon jetzt versprechen, dass wir uns diesen Haushaltsentwurf im Jahr 2010 sehr genau ansehen werden.

Wir hoffen und erwarten, dass dann nicht wieder ein leeres Versprechen im Raum steht, wie vor zwei Jahren, als es zur Nagelprobe kam und die Aussage von Dr. Metz als damaligen Finanzminister in seiner Pressemitteilung von 27.08. 2003, dass bei erfolgreichen Bestehen der Laufbahnprüfung die Übernahme garantiert wird, nicht mehr galt!

Wenn die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsstellen auch im Bereich des Landesamtes für Finanzen zu registrieren wäre, da dieses auch regelmäßig neue Leute braucht, ich glaube, wir hätten nichts dagegen einzuwenden.

Dass junge Leute, und nicht nur diese, sondern auch deren Eltern und Kolleginnen und Kollegen sich ihre Gedanken über die Glaubwürdigkeit von Politik machen und dies mit entsprechendem Wahlverhalten oder gar Desinteresse, besonders bei Wahlen – noch einmal zur Erinnerung: im nächsten Jahr sind Landtagswahlen – beantworten, ist mehr als menschlich nachvollziehbar. Politik frei nach dem Motto Konrad Adenauers : „Was kümmert mich mein Geschwätz von Gestern“ kommt bei keinem gut an. Auch Wählerverdummung, wie sie die bayrische CSU im Zusammenhang mit der Landtagswahl gemacht hat, kommt bei den Wählern nicht gut an. Wer im Wahlkampf verspricht, sich für die Wiedereinführung der Pendlerpauschale einzusetzen, sich aber gleichzeitig im Deutschen Bundestag bei einer Abstimmung zur sofortigen Wiedereinführung der Pendlerpauschale dagegen ausspricht, nur weil der Antrag von einer vermeintlich falschen Partei kommt, der verspielt Glaubwürdigkeit und muss mit den entsprechenden Wahlergebnissen leben. Auch kann die Schuld dann nicht auf den Wähler abgeschoben werden.

Ich kann hier nur an die Vertreter des Sächsischen Landtages appellieren: Machen Sie diese Fehler nicht, ansonsten kommt die Quittung zur Landtagswahl im Jahr 2009!
Die Verwaltung und die Personalvertretungen haben es besonders in diesem Jahr schon gespürt: Die Probleme bei der Gewinnung von geeigneten jungen Menschen zur Ausbildung nehmen zu. Der Kampf um die Besten mit der freien Wirtschaft wird härter. So viele Absagen wie in diesem Jahr, nachdem bereits seitens der Verwaltung ein Ausbildungsplatz zugesichert war, hatten wir noch nie! Hier gilt es, Mittel und Wege zu finden, die Zukunft in unserer Verwaltung attraktiver zu machen. Dies beginnt bei der Übernahme nach dem erfolgreichen Bestehen der Laufbahnprüfung und endet nicht nur mit einer entsprechenden Bezahlung.
Wer die Besten will, muss das Beste bezahlen!
Ein geeignetes Mittel, um Leistungen von Kolleginnen und Kollegen zu honorieren, die sich bereits seit Jahren in ihrem Job erfolgreich engagieren, sollte der Verwendungsaufstieg sein. Diese Möglichkeit, die bereits seit längerem in anderen Bundesländern erfolgreich eingesetzt wird, sollte auch in Sachsen zur Anwendung kommen. Dies betrachten wir auch als einen Baustein zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig wird damit auch dem Rechnung getragen, dass zunehmend Aufgaben vom gehobenen Dienst auf den mittleren Dienst übertragen werden und die Kolleginnen und Kollegen bewiesen haben, dass sie diesem gerecht geworden sind. So könnte nach unserem Vorschlag auch Leistungsanerkennung und -würdigung aussehen.

Probleme in der Finanz- und Wirtschaftswelt

Rezession ist das Wort, das derzeit in allen Medien zu vernehmen ist.
Unsere Position hierzu kann nur lauten: Wer jetzt nicht die Einnahmen des Staates durch eine entsprechende Personalausstattung sichert, beraubt ihn angesichts der knapper werdenden Mittel seiner Gestaltungsmöglichkeiten und gefährdet die Aufgabenerfüllung des Staates!
Noch einmal zur Erinnerung: Unsere Kolleginnen und Kollegen in den derzeit noch 29 Finanzämtern, dem Landesamt für Finanzen, der Oberfinanzdirektion, des Landesrechenzentrums Steuern und des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen sind diejenigen, die ihm die Mittel zur Verfügung stellen und die Sicherstellen, dass die Finanzmittel auch dort ankommen, wo sie hingehören. Das Personal ist und bleibt der wichtigste Faktor! Was passiert, wenn man sich auf die Maschine verlässt, ist jedem bekannt: Lehmann Brother oder besser gesagt, deren Insolvenzverwalter hat es gefreut! Unsere Kolleginnen und Kollegen erwarten, dass dies auch seitens der Politik entsprechend anerkannt

wird und auch nach außen, sprich gegenüber Wirtschaft und Bevölkerung offensiv vertreten wird. Schaden würde es sicher auch nicht, wenn es transparenter wäre, was mit den vereinnahmten Steuergeldern passiert. Es muss ja nicht erst veranschaulicht werden, wenn die vergesellschaftlichten Schulden der Banken damit getilgt werden sollen!
Die Kolleginnen und Kollegen in Ressort des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen leisten täglich sehr gute Arbeit auf höherwertigen Dienstposten.
Nur, die Novellierung der Stellenobergrenzenverordnung honoriert dies nicht entsprechend. Weiterhin sollen in Sachsen die möglichen höherwertigen Planstellen nur zu 90 % ausgenutzt werden und unsere Beschäftigten damit weiter zur Sanierung des Sächsischen Haushaltes herangezogen werden. Dass in den sächsischen Finanzämtern im gehobenen Dienst ca. 50% und im mittleren Dienst ca. 90 % der Stellen, im Landesamt für Finanzen fast alle Stellen im mittleren Dienst höherwertig sind, davon haben die Beschäftigten relativ wenig, wenn sie nicht befördert werden können. Dieser – unter den Kolleginnen und Kollegen als Sachsenschlüssel bekannte - Deckel auf mögliche Beförderungsstellen, lässt sich nicht als Motivation bezeichnen. Dies ist demotivierend und damit leistungshemmend. Beförderung ist die erste und wichtigste Form der Anerkennung von Leistung. Wir brauchen nicht über leistungsorientierte Bezahlung zu reden, wenn die grundlegenden Elemente einer Leistungsbezahlung noch nicht im vollen Umfang ausgeschöpft werden. An dieser Stelle möchte ich noch einmal den Hinweis anbringen, dass viele Aufgaben zunehmend vom gehobenen Dienst auf den mittleren Dienst abgeschichtet werden oder aus der Not heraus, zum Beispiel Teileinspruchsentscheidungen, durch diesen gemacht werden müssen.

Das Fazit der vorhergehenden Worte möchte ich in einem Ausspruch eines Pragmatikers zusammenfassen: Nur Unvernünftige sägen an dem Ast, auf dem sie sitzen !

Besoldung/Tarif 2009

Den breitesten Raum unserer gewerkschaftlichen Arbeit nehmen Fragen von Besoldung und Tarif ein. Sehr interessiert haben wir dabei die Ergebnisse aufgenommen, die in diesem Jahr für Bund und Kommunen erreicht wurden. Wenn wir sagen, diese sind für uns der Maßstab, so ist dies sicher nicht unbegründet.
Ich höre schon jetzt die gängigen Argumente: Rezession, Bevölkerungsmeinung, und und und .....

Aber Mehrwertsteuererhöhung, Inflation, Reduzierung der Pendlerpauschale, Kostensteigerungen, ungenügende Fortentwicklung des Sächsischen Reisekostengesetzes – um nur einige Faktoren zu nennen - : das Netto unserer Kolleginnen und Kollegen ist ständig gesunken! Ist das Motivation?
Unsere Beschäftigten bringen sehr gute Leistungen! Die Forderung nach einer Lohnerhöhung weit oberhalb der Inflationsrate ist daher mehr als berechtigt. Die Forderungen unserer Kolleginnen und Kollegen werden sich nicht an den schlimmsten Krisenszenarien orientieren, denn Sie haben sie nicht verursacht! Wer Milliarden für Hasardeure und Bankrotteure ausgeben kann, der kann sich nicht darauf berufen, dass er für das eigene Personal im öffentlichen Dienst kein Geld hat!

Besucherbefragung

Es ist meiner Meinung nach nicht hoch genug einzuschätzen, dass die im Zuge des Leistungsvergleiches der Finanzämter durchgeführte Besucherbefragung trotz der oben geschilderten Probleme, Ergebnisse gebracht hat, auf die jeder stolz sein kann.
Den besten Wert – 1,28 - erhielten unsere Beschäftigten bei der Frage nach dem Verhalten der Beschäftigten des Finanzamtes gegenüber den Besuchern, die schlechtesten Werte, daran merkt man, dass schlecht auch relativ ist, von jeweils 2,2 erhielten die Finanzämter bei den Fragen nach der Erreichbarkeit.
Das sind Noten, über die sich viele in der Politik freuen würden, wenn sie diese im Ergebnis von Meinungsumfragen erreichen würden.
Hier dürfen wir aber nicht zufrieden sein. Es müssen in Zukunft Bedingungen geschaffen werden für einen weiterhin guten Service. Wenn wir einerseits auf Grund der Fusionen der Finanzämter aus der Fläche herausgehen und andererseits beklagen, dass die Bevölkerung immer älter wird, muss adäquat reagiert werden. Lebende Briefkästen, wie sie derzeit in fast allen ausgelagerten Sprechtagen vorzufinden sind, stellen hierbei sicher nicht den Weg dar. Zumal, wenn das hierfür benötigte Personal Sache der Finanzämter ist.
Die Informations- und Annahme-Stellen in den Finanzämtern geben den Standard vor, wie diese ausgelagerten Sprechtage abgesichert werden müssen. Alles andere ist ein fauler Kompromiss zu Lasten unserer Kolleginnen und Kollegen und schadet dem Ansehen der Finanzverwaltung nach außen. Dass hier etwas getan werden muss, zeigt die mangelnde Akzeptanz von ELSTER, wo trotz aller Werbemaßnahmen mehr oder minder auf der Stelle getreten wird. Erinnert sei an hier auch noch einmal daran, dass wir im Jahr 2009 mit der

Bearbeitung der Mitteilung der Rentenversicherungsträger beginnen - und wenn es auch das geflügelte Wort gibt, dass Rentner niemals Zeit haben - , wenn sie zu uns kommen und damit meine ich auch in die ausgelagerten Sprechtage, haben sie Zeit!

Kreisgebietsreform

Viele Fragen und Unsicherheiten unserer Kolleginnen und Kollegen entstehen aus den Fragen:

Wie geht es mit den Fusionen der Sächsischen Finanzämter weiter?

Bleibt die Dreistufigkeit in unserem Ressort erhalten?

Unsere Forderung kann hier nur lauten: Wenn schon Finanzämter fusionieren sollen, einen Weg übrigens, den wir nicht in allen Fällen mittragen, dann die Karten auf den Tisch! Wenn es schon sein muss, dann lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende! Eine klare Ansage ist auch eine Form der Motivation. Wir erklären unsere Bereitschaft, dass –wenn es unabdingbar sein muss – wir diesen Prozess mitgestalten werden.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben ein Recht zu wissen, wie es mit ihnen weitergehen soll.

Denn in der Regel sind diese Veränderungen oft mit Wohnortwechsel verbunden. Höhere Kosten durch weitere Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bzw. zu den Prüfungsorten (Pendlerpauschale/ Wegstreckenentschädigung) sind die Folge.

In diesem Zusammenhang sollten die Mehrbelastungen für ältere Beschäftigte mit betrachtet werden und über eine Verlängerung der Altersteilzeit, in welcher Form auch immer, über das Jahr 2009 hinaus nachgedacht werden. Dass kreative Lösungen möglich sind, haben die Metaller in Baden-Württemberg mit ihrem Pilotabschluss bereits bewiesen.

Personalentwicklungskonzepte

Zum Abschluss möchte ich noch ganz kurz auf einen Themenkreis eingehen, den ich bereit bin, mit den hier vertretenen Vorstehern gern zu diskutieren.

Personalentwicklungskonzept.

Ich bin der Meinung, es ist genügend Zeit ins Land gegangen, wo wir uns an den vorliegenden Konzepten probieren konnten. Dies mal mit mehr, oftmals aber mit weniger Erfolg.

Unsere Einschätzung ist: Derzeit steht die Rotation im Vordergrund statt der Entwicklung, wird vornehmlich vom Direktionsrecht Gebrauch gemacht statt dass Gespräche mit den zu entwickelnden Beschäftigten geführt werden. Hier sollte oder besser muss zwischen den Personalvertretungen der unterschiedlichen Stufen und den jeweiligen Verwaltungen der Dialog gesucht werden. Von unserer Seite ist diese Bereitschaft da!
Erinnert sei hierbei an Gaius Petronius, der 80 nach Christus Folgendes sagte:

> Wir übten mit aller Macht!
> Aber immer, wenn wir begannen,
> zusammengeschweißt zu werden,
> wurden wir umorganisiert.

Eine Forderung unsererseits hierbei wird sicher sein darüber nachzudenken, ob nicht auch eine Mindestverweilzeit in die Personalentwicklungskonzeptionen aufnehmen sollte.

Schlusswort:
Wenn die Bezahlung stimmt, sind unsere Mitarbeiter so zufrieden, wie unsere Kunden es heute schon sind!
Ohne uns kann der Staat seine Aufgaben nicht erfüllen, in Zeiten einer möglichen Rezession erst recht nicht!
Sparen ja, aber nicht durch Griff in die Tasche unserer Beschäftigten!
Investieren in Arbeitsbedingungen ist eine lohnende Aufgabe!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!